

# ISRAELS NEUE REGIERUNG

## Zusammensetzung der neuen Regierung:

**Premierminister:** Benjamin Netanjahu (Likud)

**Vize-Premier:** Silvan Schalom (Likud)

Mosche Ya'alon (Likud)

**Stellvertretender Premierminister:** Ehud Barak (Arbeiterpartei)

Avigdor Lieberman (Israel Beitenu)

Dan Meridor (Likud)

Eli Ischai (Schas)

**Minister ohne Geschäftsbereich:** Ze'ev Benjamin Begin (Likud)

Meschulam Nahari (Schas)

Jossi Peled (Likud)

**Minister für Information und Diaspora:** Juli-Joel Edelstein (Likud)

**Minister für Wirtschaftliche Strategie:** Benjamin Netanjahu (Likud)

**Minister für Landwirtschaft und Entwicklung:** Schalom Simchon (Arbeiterpartei)

**Kommunikationsminister:** Mosche Kahlon (Likud)

**Minister für Kultur und Sport:** Limor Livnat (Likud)

**Minister für Verteidigung:** Ehud Barak (Arbeiterpartei)

**Erziehungsminister:** Gideon Sa'ar (Likud)

**Minister für Umwelt:** Gilad Erdan (Likud)

**Finanzminister:** Juval Steinitz (Likud)

**Außenminister:** Avigdor Lieberman (Israel Beitenu)

**Gesundheitsminister:** Benjamin Netanjahu (Likud)

**Wohnungsminister:** Ariel Atias (Schas)

**Einwanderungs- und Einordnungsminister:** Sofa Landver (Israel Beitenu)

**Minister für verbesserte Dienste der Regierung:** Michael Eitan (Likud)

**Industrie-, Arbeits- und Handelsminister:** Benjamin Ben-Elieser (Arbeiterpartei)

**Minister für Information und Atomenergie:** Dan Meridor (Likud)

**Minister für Innere Angelegenheiten:** Eli Ischai (Schas)

**Minister für Innere Sicherheit:** Itzchak Aharonowitch (Israel Beitenu)

**Minister der Justiz:** Jakov Neeman

**Minister für Minderheiten:** Avischai Braverman (Arbeiterpartei)

**Minister für Nationale Infrastruktur:** Usi Landau (Israel Beitenu)

**Minister für Pensionsangelegenheiten:** Benjamin Netanjahu (Likud)

**Minister für Regionale Entwicklung:** Silvan Schalom (Likud)

**Minister für Religiöse Angelegenheiten:** Jakov Margi (Schas)

**Minister für Wissenschaft und Technologie:** Daniel Herschkowitz (Ha-bait ha-Jehudi)

**Minister für Strategische Angelegenheiten:** Mosche Ya'alon (Likud)

**Minister für Entwicklung für den Negev und Galiläa:** Silvan Schalom (Likud)

**Tourismusminister:** Stas Misezhnikov (Israel Beitenu)

**Minister für Transport und Verkehrssicherheit:** Israel Katz (Likud)

**Minister für Soziales und Wohlfahrt:** Isaac Herzog (Arbeiterpartei)

## Stellvertretende Minister:

**Stellvertretender Minister des Ministerpräsidenten:** Gila Gamliel (Likud)

**Stellvertretender Verteidigungsminister:** Matan Vilna'i (Arbeiterpartei)

**Stellvertretender Finanzminister:** Itzchak Cohen (Schas)

**Stellvertretender Außenminister:** Daniel Ayalon (Israel Beitenu)

**Stellvertretender Industrie-, Handels- und Arbeitsminister:** Ori Noked (Arbeiterpartei)

**Stellvertretender Minister für Pensionsangelegenheiten:** Lea Nass (Likud)

**Stellvertretender Minister für Entwicklung des Negev und Galiläa:** Ayoob Kara (Likud)

**Stellvertretender Minister für Erziehung:** Meir Porusch (Vereinigte Torah-Judaismus)

**Stellvertretender Minister für Gesundheit:** Jakow Litzman (Vereinigte Torah-Judaismus)

# UMSTÄNDE UND BEURTEILUNG DER NEUEN REGIERUNG IN ISRAEL

In einem Beitrag von „Israel Heute“ stand hierzu in der Überschrift: „Rechts-konservativ ist ‚in‘ – Links-säkulär und religiös ist ‚out‘“. Leider ist dies völlig unzutreffend, denn „religiös“ ist nicht „out“, sondern bedauerlicherweise „in“, was schlecht für Israels Demokratieverständnis und für die Menschenrechte vor allem für uns messianische Juden ist.

Unser jahrelanger Kampf für die Rechte der Juden aus der einstigen Sowjetunion im Zusammenhang mit unserem Hinweis auf die Messianität Jeschuas hat dem Außenseiter der „Israel Beitenu“ (unser Haus Israel) einen fulminanten Wahlsieg von 15 Sitzen beschert. Die Partei von Avigdor Lieberman wurde damit zur drittstärksten politischen Kraft in Israel. Wahlsieger war eigentlich die Kadima-Partei von Zipi Livni mit 28 Parlamentssitzen und an zweiter Stelle die Likud-Partei von Benjamin Netanjahu mit 27 Sitzen. Dennoch betraute gerade ihn Staatspräsident Schimon Peres mit der Regierungsbildung, da er, im Gegensatz zu der pragmatischen Zipi Livni, bei den anderen Parteien einen größeren Rückhalt in seiner rechtsnationalen Ausrichtung genießt als seine Nebenbuhlerin. Denn der Likud-Chef steht für einen harten Kurs

gegenüber den Palästinensern. Er will den Friedensprozeß in seiner gegenwärtigen Form nicht fortsetzen und die radikal-islamische Chamas im Gazastreifen entmachten. Seine Kritiker gehen davon aus, ein solches Programm bedeute weitere Jahre der Gewalt und Stagnation im Nahen Osten. Der 59-jährige ehemalige Ministerpräsident (von 1996 bis 1999) sagt dagegen, er wolle „Veränderung“ in der Region und möchte Israel auf einen „neuen Weg“ führen. Netanjahu ist ein Machtmensch, der nicht davor zurückschreckte, sämtliche religiösen Parteien in das Regierungsboot zu holen, obschon es ihm bestens bekannt ist, welch einen hohen „Kaufpreis“ diese für eine Koalition verlangen. Gerade in einer Zeit leerer Kassen auch in Israel verlangt die orthodoxe sephardische SCHAS-Partei allein für ihr undemokratisches und antichristliches Schulsystem zwei Milliarden Schekel. Insgesamt fordern fünf Koalitionspartner annähernd 10 Milliarden Schekel von der neuen Regierung. Skrupel kennen dabei die religiösen Parteien am wenigstens.

Eli Ischai als Innenminister ist der Alptraum all jener Bürger, die zu den Minderheiten im Lande gehören. Davon betroffen sind

vor allem die Judenchristen und solche Einwanderer, die keinen jüdischen Nachweis ihrer Herkunft nach dem „Rückkehrgesetz“ erbringen können.

Die Kader aus der Zeit, wo Eli Ischai bereits schon einmal Innenminister war, sitzen bis heute im Innenministerium und wachen pedantisch über den jüdischen Charakter des Staates. Dies bedeutet, daß die Gerichtsverfahren des Obersten Gerichts „bagatz“ gegen Entscheidungen des Innenministeriums zunehmen werden. Israel hat ohnehin ein gespaltenes Verhältnis zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit, wie wir dies auch in Israels Öffentlichkeit seit Jahrzehnten beklagen. Es ist geradezu unverantwortlich von Netanjahu, sämtliche religiösen Parteien in seine Regierung aufgenommen zu haben, wobei die SCHAS-Partei ursprünglich 2 Milliarden Schekel als Koalitionspreis verlangte, aber „nur“ 1,4 Milliarden erhalten wird. Auch sein Mega-Kabinett von 30 Ministern und sechs Vizeministern paßt nicht in die Zeit des knappen Geldes. So bezeichnete die Oppositionsführerin Livni die neue Regierungsmannschaft als „widerlich“.

Es ist keine Frage, daß die Umfassungsmauer, die sich der

Judenstaat zum Schutz vor Terroranschlägen aus den Palästinensergebieten gebaut hat, die eiserne Härte widerspiegelt, die mit Netanjahu an der Spitze zu einer Wagenburgmentalität führen wird. Ein Großteil der Wähler hat diese Abschottung vor den Palästinensergebieten gut geheißen, weil sie ihnen auch das Gefühl gibt, die Probleme mit den Palästinensern zuverlässig aussperren zu können. Mit der strikten Ablehnung jedweder Kontakte vor allem mit der „Chamas“ bleibt die Bildung einer Zwei-Staaten-Lösung, für die sich auch die deutsche Bundesregierung und vor allem der neue US-Präsident Barack H. Obama stark macht, Utopie. Dies wird die „Chamas“ zum Vorwand nehmen, um erneut seine Raketen auf israelisches Territorium abzufeuern. Dabei wird auch Tel Aviv früher oder später in deren Schußfeld gelangen. Die Folge wären weitere massive Angriffe Israels. Ob auch hier Amerikas 44. Präsident diesen Teufelskreis durchbrechen können, mag bezweifelt werden. Er kann nur Druck auf Israel ausüben, indem er die bisherigen finanziellen Leistungen an Israel von drei Milliarden Dollar jährlich reduziert. So ist es auch hier nur eine Frage der Zeit, wo Israel wählen muß zwischen einer „splendid isolation“ mit der westlichen Welt oder schmerzhafter Zugeständnisse territorialer Art zu Gunsten der Palästinenser. Auf jeden Fall signalisierte Netanjahu, daß eine nochmalige Teilung Jerusalems nicht in Frage kommt.

Der Iran ist und bleibt für Netanjahu die Wurzel allen Übels in der ganzen Region. Präsident Mahmud Achmadinejad gilt in den Augen Natanjahus als „Hitler des 21. Jahrhunderts“, der den Untergang Israels vorantreibt. Es wird bei der neuen israelischen Regierung keine Toleranz in Hinblick auf eine iranische Atommacht geben, denn bei einer direkten Konfrontation mit

Teheran droht ein atomarer Krieg mit unabsehbaren Folgen. Darüber muß sich auch Obama klar sein, der von einer Welt ohne Nuklearwaffen träumt. Es scheint, daß der neue amerikanische Präsident ein Illusionist ist, der den anderen Großmächten – an ihrer Spitze vor allem Rußland – unterstellt, eine solche militärische Verzichtspolitik mitzutragen. Niemand wird Rußland kontrollieren können, ob es ab- oder aufrüstet. Und umso mehr einstige Staaten des Sowjetreiches, wie Georgien oder die Ukraine, sich dem westlichen Bündnis anschließen werden, desto mißtrauischer wird Moskau eine solche Umklammerung beurteilen.

Die Friedensinitiative der Arabischen Liga forderte einst von Israel den vollen Rückzug aus „besetztem arabischen Land“, die Errichtung eines palästinensischen Staatswesens und eine „gerechte Lösung“ für die palästinensischen Flüchtlinge im Austausch für normale diplomatische Beziehungen mit den arabischen Nationen. Aber aufgrund der Uneinigkeit zwischen der Fatah im Westjordanland und der Chamas im Gazastreifen wird es sobald zu keiner Einigung kommen, da seitens der Fatah das Mißtrauen herrscht, daß sich die Chamas auch in der Westbank ausdehnen und die Herrschaft übernehmen könnte. Israel würde einer solchen Entwicklung gewiß nicht tatenlos zusehen, da es damit sein Kernland, den Großraum Tel Aviv mit seinem internationalen Flughafen, bedroht sehen würde. Die so genannte „road-map“ und der Annapolis-Gipfel von George W. Bush gehören damit der Vergangenheit an, wie dies von uns auch prognostiziert war. Auch Barack Hussein Obama wird sich an der Friedensfrage in Nahost die Zähne ausbeißen, zumal er sich in der Türkei gegenüber den Muslimen als einer von ihnen outete.

Die US-Außenministerin, Hil-

lary Clinton, stellte klar, daß es keinen Rückzug von einer Zwei-Staaten-Lösung für die Palästinenser gäbe. Bedingung hierfür sei, daß die Palästinenser ihrerseits das Existenzrecht Israels anerkennen, bisherige Vereinbarungen als verbindlich erklären und von jeglicher Gewalt absehen werden.

Unterdessen fühlen sich die jungen Palästinenser zwischen 16 bis 25 Jahre bei einer Befragung zu 47 Prozent in erster Linie als Muslime, und nur 28 Prozent gaben als Identitätsmerkmal „Palästinenser“ an. 33 Prozent von ihnen wünschten sich sogar das islamische Kalifat und nur 16 Prozent eine Regierungsform wie in Europa oder in den USA. Diese Entwicklung zeigt, daß sich das Klima auch unter den bislang gemäßigten Palästinensern zunehmend auf die Religion verlagert; eine Entwicklung, der auch die neue Regierung Netanjahus Rechnung trägt, wenn dieser ausgerechnet die orthodox-jüdischen Parteien in die Regierungsverantwortung gerufen hat. Damit dürfte sich der Dauerkonflikt mit den Palästinensern noch verschärfen. Es ist kaum davon auszugehen, daß sich nicht nur die Chamas im Gazastreifen, sondern auch die Palästinenser in der Westbank von Israel entwaffnen ließen, was Israel verlangt. Eine dauerhafte Blockierung ihrer Grenzen, um den Waffenschmuggel in jene Hoheitsgebiete zu unterbinden, dürfte kaum auf palästinensisches Verständnis stoßen. Netanjahu räumt der Fatah von Mahmud Abbas lediglich eine „Art von beschränkter Souveränität“ ein. Ein Konflikt mit Obamas „Friedenspolitik“ auf Kosten Israels ist programmiert. Da Israels designierter Außenminister Lieberman für seine Politik eine „volle Autonomie“ beansprucht, dürfte sich damit auch der Verhandlungsspielraum für Netanjahu mit den USA maßgeblich verkleinern. Sollte dabei die mo-

derate Arbeiterpartei von Ehud Barak sich für ihre eher propalästinensische Politik Geltung verschaffen wollen, würde das Netanjahus Koalitionsblock in erste Bedrängnis bringen. So lehnt Lieberman auch weitere Verhandlungen mit Syrien kategorisch ab.

## Avigdor Lieberman, der Mann für das Grobe

Wenn das Nachrichtenmagazin „FOCUS“ (8/2009) allerdings veröffentlichte, daß Lieberman die immerhin 1,5 Millionen israelische Araber aufgefordert habe, das Land zu verlassen, dann ist dies unzutreffend. Lieberman geht es vielmehr um die Loyalität der Bürger Israels, zu denen auch die Israelo-Araber gehören. Aus diesem Grunde verlangte er von dieser Bevölkerungsgruppe eine Loyalitätserklärung, was naturgemäß die Araber als Außenstehende des Judenstaates ausweist. Die christlichen und muslimischen Israelo-Araber könnten zwar zu einem demokratischen Staat Israel JA sagen, aber eben nicht zu einem Judenstaat, da sie nicht dieser Glaubensgemeinschaft angehören. Lieberman, der selbst eher weltlich eingestellt ist, könnte und sollte nicht die Demokratie Israels von einer Loyalitätserklärung gegenüber dem jüdischen Charakter des Staates Israel abhängig machen. Damit würde Israel gerade auch gegenüber dem Ausland beweisen, daß dieser Staat alles andere als ein demokratischer Rechtsstaat ist. Israel beansprucht selbst, daß die Palästinenser in der Westbank jüdische Siedlungen akzeptieren, selbst aber keine Araber auf seinem Territorium duldet, es sei denn, daß sie in Israel geboren wurden oder alteingesessen (hebr.:watikim) sind. Der Gazastreifen müßte nach Liebermans Ansicht notfalls „platt wie ein Fußballfeld“ gewalzt werden. Daß die Polizei gegen ihn wegen Betrugs und Geldwä-



**MARKIGE WORTE**

Avigdor Lieberman redet gern Klartext, so zum Beispiel über ...

... **ARABER IN ISRAEL**  
 » Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft «

... **JÜDISCHE SIEDLUNGEN**  
 » Es gibt keine Verbindungen zwischen Siedlungen und dem Konflikt mit den Palästinensern. Vor 1967 existierten keine Siedlungen. Gab es deshalb etwa keinen Terror? «

... **DIE RADIKALE HAMAS**  
 » Ein wirklicher Sieg kann nur erreicht werden, wenn wir den Willen der Hamas brechen, so wie es mit den Japanern im Zweiten Weltkrieg geschah. «

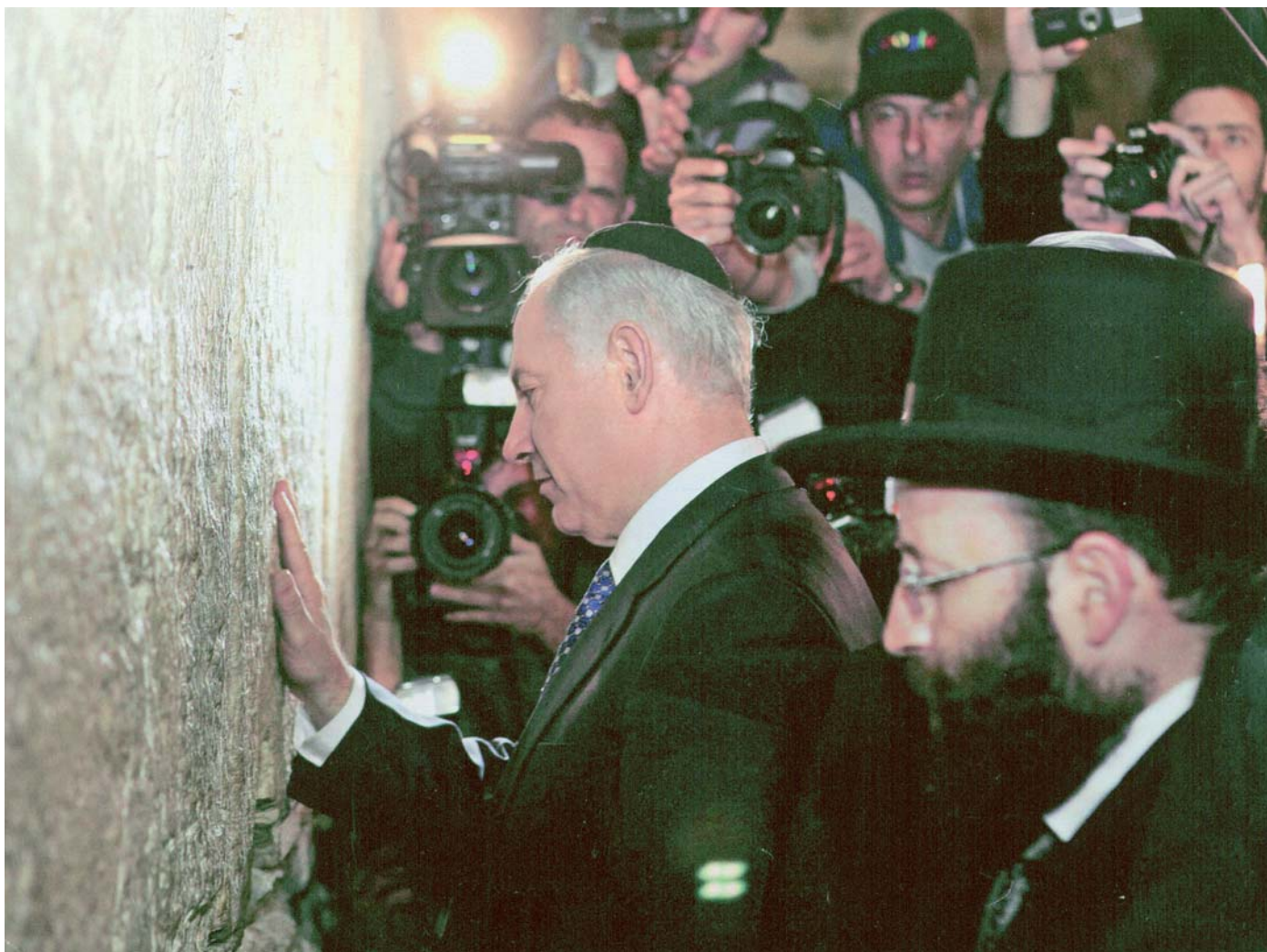
... **DIE PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEBEHÖRDE**  
 » Wenn es nach mir ginge, würde ich sie darüber informieren, dass wir morgen um zehn Uhr alle ihre Gebäude in Ramallah bombardieren. «

... **DIE DEMOKRATIE**  
 » Wenn es einen Unterschied zwischen demokratischen und jüdischen Werten gibt, sind die jüdischen und zionistischen wichtiger. «

sche ermittelt, wobei sie Liebermans Tochter Michal festnahm, weil sie elf Millionen Schekel auf Zypern von mysteriösen Geldgebern für „Beratungen“ erhielt und Lieberman sich davon 2,5 Millionen einstrich, ließ Netanjahu nicht beeindruckt und machte ihn nichtsdestotrotz zu seinem

Außenminister.

Andererseits setzte sich bei seinen Wahlversprechungen Lieberman für die Einführung der Zivilehe ein, aber machte später wieder Kompromisse – auch in der Frage einer Ablegung eines Eides zur Frage der Loyalität gegenüber dem Judenstaat. Obschon der Mentor der orthodoxen SCHAS-Partei, Ovadia Joseph, noch im Wahlkampf die Israel-Beitenu-Partei von Lieberman als „Satan“ bezeichnete und allen Israelis mit Höllenqualen drohte, die diesen wählen würden, sitzen nun beide Parteivertreter einträchtig in der Regierungsmannschaft von Benjamin Netanjahu. Und alle Stolpersteine, an denen die ultraorthodoxen Parteien im Parteiprogramm Liebermans hätten Anstoß nehmen können, wurden letztendlich beseitigt. Dabei wurde Lieberman gerade von den vielen russischsprachigen Wählern gewählt, weil sie damit eine Liberalisierung der standesamtlichen Gesetzgebung erhofft hatten, denn niemand kann in Israel geboren oder verehelicht oder schließlich bestattet werden, ohne den Konsens der orthodox ausgerichteten Rabbinatsgerichte. Was nun mit den 300.000 Menschen geschehen soll, die laut Rabbinatsgerichte nicht deshalb heiraten können, weil sie in den Augen der Rabbis nicht als Juden gelten, ist mehr als fraglich. Diesen Personenkreis hatte ich deshalb auch in unserer Pressekampagne erwähnt. Innerhalb von 15 Monaten soll ein Ausschuß einen Gesetzesentwurf vorlegen, der es Nichtjuden erlauben soll, im Rahmen einer Ziviltreuung wohlgermerkt „unter sich“ heiraten zu können. Was die Frage beschleunigter Konversionsprozesse zum Judentum angeht, so wird Lieberman nicht mit einer Kooperation durch das orthodoxe Oberrabbinat rechnen können, das heißt die 300.000 Nichtjuden werden weiterhin auf eine von Staatswegen aner-



**Um gewählt zu werden, gehört für alle Politgrößen die Pflichtkür, an der Klagemauer gebetet zu haben. Im Bild sehen wir Benjamin Netanjahu, den Garant für die Forderungen der orthodoxen Parteien**

kannte Konversion zum Judentum zu warten haben. Doch diese Nichtjuden sollen als Voraussetzung für diesen Status ausgerechnet vor dem Rabbinatsgericht sozusagen von Amtswegen erklären, daß sie keine Juden wären, was wir als eine Umkehrung des „Ariernachweises“ von den Nazis betrachten. Denn wer wird sich freiwillig vor den Behörden des Judenstaates erklären, daß er eben kein Jude sei und deshalb eine solche zivile Trauung beansprucht?

Damit aber werden die anderen jüdischen Fraktionen, wie die konservativen und reformierten Kreise, weiterhin ein Schattendasein führen, weil ihre Amtshandlungen bei den israelischen, angeblich säkularen Behörden keine staatliche Anerkennung finden.

Bei Eli Ischai als Innenminister gelten sämtliche zivilen Vereinigungen und Bestrebungen im Sinne einer Nationalstaatlichkeit als Assimilationsversuche, die dem Staat Israel seinen jüdischen Charakter berauben. Insofern bleibt es bei dem bisherigen Status quo, wonach die Rabbinatsbestimmen, was für den Staat Israel in ihren Augen vorteilhaft oder nachteilig ist. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit, wieso es zur Vertreibung unter die Völker kommen konnte, wird es weiterhin nicht geben.

Professor Amnon Rubinstein stellte fest, daß viele seiner Studenten überhaupt nicht zur Wahl gegangen waren, weil die orthodoxen Juden nur jene Partei wählen, die ihnen ihre jeweiligen Rabbis auferlegen. Und die an-

deren weltlich ausgerichteten Parteien sind offensichtlich nicht in der Lage oder willens, sich von dem Diktat der ultra-orthodoxen Parteien zu lösen, die den Steuerzahler Milliarden kosten, weil deren Mitglieder weder zur Arbeit gehen noch zum Militär. Sie sind Fossilien einer verstaubten Tradition, die sozusagen das Überleben des Staates von Juden sichern soll. Viele Bürger möchten sich von diesem religiösen Zwang lösen und befürworten daher auch die Zivilehe, wie dies für eine Demokratie Usus ist, aber die „charedim“ (Orthodoxen) bestimmen die Balance der Macht – und sagen diese NEIN, – dann bleibt alles beim Status quo. Neidvoll gehen daher die Blicke in die USA, wo das Volk zum ersten Mal einen farbigen Amerika-

ner zum Präsidenten wählte. So scheint es undenkbar zu sein, daß ein Mann aus einer der Minderheiten in Israel zum Regierungschef gewählt werden könnte. Diese Ohnmacht, wonach ein wirklicher Wandel in Israel dadurch unmöglich erscheint, lähmt die jungen Israelis und macht sie mutlos. Denn solange die „Frommen“ an der Macht sind und weiterhin von ihren machtbewußten und vor allem geldgierigen Rabbis gegängelt werden, wird auch das politische Leben in Israel nicht aus seiner Agonie aufstehen. Nur 22 Prozent der Öffentlichkeit hat Vertrauen in die Knesset und 16 Prozent in die politischen Parteien. Wen wundert es da, daß allzu viele Politiker in Korruptionsprozesse verwickelt sind. Allein in der vermeintlich frommen SCHAS-Partei waren es Arie Deri, Pinchasi oder Cohen, die rechtskräftig deshalb verurteilt wurden. Ein Wechsel à la USA ist und bleibt in Israel undenkbar, solange die jüdischen Gralshüter das Sagen haben. Daß es noch zu keinem Aufstand gegen die orthodoxen Juden gekommen ist, hängt mit der Disziplin und mit dem Respekt zusammen, den diese Leute noch immer diesen vermummten Gestalten zollen, die zwar zur Nächstenliebe verpflichtet wären, aber dabei nur sich selbst meinen. Sie meinen ernsthaft „*vox populi, vox dei*“ d.h. die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes, auch wenn die „Frommen“ aufgeteilt sind in fünf verschiedene Fraktionen. Ähnlich ist es in Deutschland in umgekehrter Richtung, wo 87 Prozent der Türken von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, um möglichst ihre Interessen parlamentarisch zu sichern, aber nur ein Bruchteil von Christen geht überhaupt noch zur Wahl – auch aus Resignation.

Denn ein Eli Ischai als Innenminister führt zu einem Überwachungsstaat, der auf koschere

Juden abzielt. Judenchristen sind da nur noch Abschaum. Ariel Atias ebenfalls von der SCHAS-Partei als Wohnungsbauminister wird für die notwendige Unterbringung der kinderreichen orthodoxen Juden sorgen. Einst war das Religionsministerium abgeschafft worden; jetzt ist es wieder auferstanden und wird von dem SCHAS-Mann Jakov Margi verwaltet. Und was versteht schon ein Daniel Herschkowitz von Wissenschaft und Technologie, der der orthodoxen Partei „Ha-bait ha-jehudi“ (das jüdische Haus) angehört? Itzchak Cohen als stellvertretender Finanzminister wird dafür sorgen, daß recht viel öffentliches Geld in die Taschen seiner SCHAS-Gesinnungsgenossen fließen wird. Ausgerechnet Mosche Gafni von der „Vereinigten Torah Judaismus Partei“ ist Vorsitzender des parlamentarischen Finanzausschusses. Wir erinnern, daß es Gafni war, der das bereits seit dem Jahre 1978 bestehende „Antimissionsgesetz“ verschärfen wollte, indem bereits der Versand von Bibeln mit dem Neuen Testament mit einem Jahr Gefängnis bestraft werden sollte. Es besteht somit kein Anlaß, daß Netanjahu stolz auf seine Regierungsmannschaft sein kann. Ich glaube, daß Netanjahu auch mit dem Teufel selbst einen Pakt geschlossen hätte, nur um wieder an die Macht zu kommen.

**Hier steht das, was andere Israel-Werke in ihren Publikationen wohlweislich weglassen, weil es nicht zu dem glorifizierten Israelbild paßt, oder sie haben schlichtweg keine genauen Kenntnisse über die innenpolitischen Verhältnisse in Israel. Aber was hier steht, ist die Wahrheit und bekanntlich gibt es keine zwei unterschiedlichen Wahrheiten! Über einem solchen Israel wird nicht der Segen Gottes ruhen!**

## **Zwei getrennte Schulsysteme in Israel**

Anstatt endlich Schluß zu machen mit einer Parallelgesellschaft von weltlichen Juden einerseits und orthodoxen Juden andererseits, wurde erneut an einem separaten Schulsystem neben dem offiziellen festgehalten. Erziehungsminister ist zwar Gideon Sa'ar (Likud), aber Jakov Margi (Schas) ist für religiöse Angelegenheiten zuständig. Meschulam Nahari (Schas) ist ein führender Experte in der Erziehung von Kindern aus orthodoxen Familien. In diesen Schulen werden ausschließlich Torah und Talmud unterrichtet, aber keine naturwissenschaftlichen Fächer oder Fremdsprachen. Dies bedeutet, daß hier ein Heer an Schülern herangebildet wird, das nicht mit dem allgemeinen Wissen ausgestattet wird, was für unsere postmoderne Zeit unerlässlich ist. Diese heranwachsenden Menschen werden sich genauso wenig am Bruttosozialprodukt beteiligen können wie ihre Eltern. Dies bedeutet für Israel eine weitere finanzielle Bürde, die die Allgemeinheit wird (er-)tragen müssen. Wie lange die israelische Ökonomie diesen „Luxus“ noch finanzieren können, ist äußerst fraglich, denn ohne die – inzwischen rückläufigen – Spenden aus dem Ausland, vor allem aus den USA, sind diese parasitären Erscheinungen nicht mehr zu schultern. Das „Nahari-Gesetz“ vom Jahre 2007 veranlaßte eine Steigerung der städtischen und gemeindlichen Zuschüsse für Schulen der orthodoxen Juden, ohne nach den hierfür erforderlichen Standards staatlicher Schulen zu fragen. Der Politiker Jossi Sarid findet es als „unmöglich“, daß es zwei Erziehungsminister und zwei verschiedene dazugehörige Ministerien gibt. Denn es ist nahe liegend, daß es Nahari um eine weitere Steigerung der Zuschüsse

für das orthodox geführte Schulkontingent geht. Dabei haben die Zweige der konservativen und reformierten Gemeinden in Israel eindeutig das Nachsehen. So schreibt David J. Forman in der „Jerusalem Post“ (27.02.2009), daß bei gleich bleibender Entwicklung sich eine Fusion von Religion und Nationalismus im Mittleren Osten von extremistischen Staaten herausbilden wird. Denn bisher war der Kampf der gemäßigten judaistischen Fraktionen um Gleichstellung mit den Orthodoxen vergeblich gewesen und wird es wohl auch bleiben, weil es um politische Macht und damit vor allem um ungeschmälerete Geldzuwendungen aus dem Staatssäckel geht.

Damit stehen auch die Chancen der Tausend von russischen Einwanderern, die halachischerweise nicht als jüdisch gelten, schlecht, einmal von Staatswesen als solche anerkannt zu werden, es sei denn, daß sie sich zu einem Übertritt nach orthodoxen Regeln entschließen, was auch den Lebensstil dieser Religions-eiferer einschließt. **Die „Unabhängigkeitserklärung“ Israels basiert jedenfalls auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, wie dies Israels Propheten verkündigt haben. Darin wird weiterhin versichert, daß Gleichheit in sozialen und politischen Rechten den Bürgern zugesichert wird, unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht. Religions- und Gewissensfreiheit sowie in Sprache, Erziehung und Kultur werden darin garantiert.**

Bislang ist dies Theorie geblieben, weil diese bürgerlichen Rechte von den orthodoxen Parteien torpediert werden. Und wenn dann noch von messianischen Juden die Rede ist, die an den noch immer verworfenen Juden „Jeschua“ glauben, dann ist dies eigentlich bis heute das größte Ärgernis, das es im Judenstaat überhaupt gibt. Insoweit

wird der Heiland immer wieder erneut gekreuzigt, was jedoch weder die Kirchen noch erst recht die verblendeten christlichen Israelfreunde nicht einsehen wollen.

Der achtzigjährige SCHAS-Mentor Rabbi Ovadia Joseph, der übrigens an einer Herzkrankheit leidet, feuerte seine Haushälterin, nachdem er erfuhr, daß sie ein Verhältnis mit einem vorbestraften Palästinenser eingegangen ist. Angeblich arbeitete der Palästinenser mit einem Einwohner aus Beit Chanina zusammen, der Joseph ermorden sollte. Jerusalems Polizeisprecher teilte indes mit, daß es für einen solchen Anschlag keine Hinweise gäbe. Die Frau aus Moldavien ist unterdessen untergetaucht, weil mit ihrer Entlassung auch ihr Aufenthaltsrecht erloschen ist und sie daher mit ihrer Ausweisung



**Der greise herzkrankte Rabbi Ovadia Joseph bestimmt die Politik der SCHAS-Partei und damit auch über die Lebensart der vorwiegend säkularen israelischen Bevölkerung**

aus dem Lande zu rechnen hätte. Dabei erhält der Rabbi besonderen Personenschutz, da er sich in Israel keiner besonderen Beliebtheit erfreut. Seine abfälligen Äußerungen über die Araber haben ihm viele Feinde beschert. So äußerte er, daß man die „Chamas“ auslöschen müsse, und Gott verbiete, diesen Menschen gegenüber Gnade zubilligen zu wollen. Der HERR möge in reziproker Weise ihre Saat vernichten, sie selbst vernichten und vom Erdboden vertilgen. Später korrigierte ein Sprecher, daß der Rabbi nicht alle Araber gemeint habe, sondern nur die Terroristen und Mörder unter ihnen. Im April 2005 waren drei Einwohner von Ost-Jerusalem inhaftiert worden, weil sie einen Mordanschlag auf Joseph geplant hatten. Mussa Darwisch, 22, hatte als Auslieferer von Waren den Wohnsitz des Rabbis ausfindig gemacht und leitete seine Information an die Terrorgruppe PFLP (Populäre Front zur Befreiung Palästinas) weiter.

### **Der Kaufpreis für Israels Koalitionsregierung mit den Orthodoxen**

Ursprünglich ging es um zwei Milliarden Schekel, was die orthodoxen Parteien von Premier Netanjahu dafür forderte, um sich seiner Likud-Partei anzuschließen. Zipi Livni hatte ihnen 300 Millionen offeriert, was die „frommen“ Parteien dazu veranlaßte, sich von Netanjahu ein besseres Angebot einzuholen. Unter dem Vorgänger Olmert konnten sie 800 Millionen Schekel für sich einstreichen, das nun bei 1,4 Milliarden Schekel liegt.

Dabei nimmt die Rezession in Israel erschreckend zu. Abraham Israel, Vorsitzender der „Chazon Jeschaja Humanitarian Network“, geht davon aus, daß die Not bei der Versorgung von Grundnahrungsmitteln um 30 Prozent zugenommen hat. Bei abnehmen-



**Anlässlich unserer Schabbat-Versammlungen können sich die Glaubensgeschwister an unseren Lebensmitteln bedienen**

den Spenden aus dem Ausland gibt es auch weniger Suppenküchen, um Menschen mit dem notwendigen Essen zu versorgen.

Auch unsere „Messianische Bekenntnisgemeinschaft“ verteilt anlässlich ihrer Schabbat-Versammlungen nicht nur Kleidungsstücke, sondern auch Nahrungsmittel. Die sechs Millionen Sckel, die die Regierung kürzlich für diesen Zweck zur Verfügung stellte, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Netanjahus orthodoxe Koalitionäre sind sein „Sicherheitsnetz“, was sich zum Unsegen für Israel auswirken wird, denn ihnen geht es um politische Macht, um dadurch umfangreiche Geldzuweisungen zu erhalten, die, falls sie ausbleiben oder nicht im gewünschten Umfang erfolgen, die Koalition wieder platzen lassen.

Schlecht für Israels Demokratie ist und bleiben die Allianzen sämtlicher bisheriger israelischen Regierungen mit den orthodoxen Parteien, wo nur deren Rabbis bestimmen, was die Abgeordneten zu sagen haben. Seit Dekaden haben die säkularen Parteien versucht, diesen Status quo der ultraorthodoxen Fraktionen

zu brechen. Erst Lieberman sagt zwar, daß der Staat „religiös“ sein müsse, aber dies bedeute nicht, daß die Rabbis die Entscheidungsträger sein sollen. Ihm schwebt eine Konkordanz ähnlich der von Wladimir Putin mit der russisch-orthodoxen Kirche vor, wonach die Rabbis als Hüter des nationalen Erbes respektiert werden sollen, aber unter Hinweis, daß sie dem Staat zu dienen hätten und nicht umgekehrt. Dies solle dann zu einer Liberalisierung der Ehegesetze und zu

einer Reform der Konversionsprozeduren führen. Sollte sich dies nicht realisieren lassen, würde die Zerreißprobe im Volk zwischen den Orthodoxen und den übrigen Bürgern weitergehen.

**Die Orthodoxen beten die Sonne an**

Wohin diese Entwicklung führt, bewies am 7. April des Jahres das Gebet „Birkat Hachama“ an Jerusalems Klagemauer. Es geht dabei um die talmudische Aussage über die Erschaffung der Welt, als die Sonne die gleiche Position erreichte, als sie geschaffen wurde. So versammelten sich Tausende gläubige Juden am Dienstag, den 8. April, an dem für sie heiligen Ort zu diesem Sonnengebete. Dieses wird alle 28 Jahre rezitiert. Sämtliche Straßen Jerusalems waren blockiert. Mehr als 50.000 Juden nahmen daran teil. In hunderten Plätzen rund um den Globus versammelten sich Juden zu dem Gebet an die Sonne. In Neuseeland begann Rabbi Chaim Dovrat diese spezielle Zelebrierung. In Manhattan leitete ein Rabbi nahe dem Sitz der Vereinten Nationen eine Versammlung von Juden. In Long Beach, New York, halfen



**Zum „Gebet an die Sonne“ versammelten sich Abertausende Juden auch an der Klagemauer in Jerusalem. Dieser heidnische Brauch stammt noch von den kanaanitischen Ureinwohnern**



Sonnenbrillen nichts mehr, weil Wolken aufgezogen waren. In Offenbach am Main versammelten sich 3.500 Juden aus Frankfurt, die meisten aus der einstigen Sowjetunion, um „Birkat Hachamah“ gebührend zu feiern. Rabbi J. David Bleich vergleicht die Sonne mit Gott als einem „Generator für Elektrizität“. Wenn dieser stillstünde, würden die Lichter ausgehen. Mit solchen Absonderlichkeiten wird Israel keine Erlösung zuteil.

### **Awraham Burgs Einschätzung der innenpolitischen Lage**

Der einstige Parlamentspräsident Awraham Burg, Sohn des ehemaligen Innen-, Polizei- und Religionsministers Joseph Burg, geboren in Dresden, äußerte sich über den Wahlsieg der israelischen Rechten und die Instrumentalisierung des Holocaust sehr eindeutig. Burg Junior, der der Meretz-Partei angehört, war bei den jüngsten Wahlen auf drei Sitze in der Knesset zurückgefallen. Auch wir wählten diese Menschenrechtspartei. Burg sagt dazu: *„Als Israeli fühle ich mich verloren, weil so viele meiner Landsleute in den Krieg verliebt sind – als Lösung für alle Mißstände. Aber der größte Verlust ist spirituell. Jude sein bedeutet für mich Universalismus und Humanismus. Ich kann nicht verstehen, wie ein Jude eine fremdenfeindliche Sprache sprechen kann. Und trotzdem tun es so viele.“*

Nach Ansicht von Burg ist die israelische Gesellschaft von der Siedlerbewegung in Geiselhaft genommen worden, die auch eine Ein-Staaten-Lösung wünscht, aber wohin mit all den vielen Palästinensern, die sich niemals mit den Prinzipien eines Judenstaates identifizieren würden? Würde doch wenigstens jedermann darin gleiche Rechte und Pflichten besitzen, losgelöst von religiösem

Zwang, wäre eine solche Symbiose vorstellbar. Aber genauso wurden die Palästinenser zu Geiseln der „Chamas“, die eine Vision von Groß-Palästina auf der Basis islamischen Rechts (scharia) anstreben. In beiden Gesellschaften tritt eine Art Stockholm-Syndrom auf: „wir empfinden Zuneigung zu denen, die uns mißbrauchen.“ Dabei denkt Burg an die Zwangsjacke durch die orthodoxe Minderheit im Lande, nach deren Pfeife sozusagen das ganze Volk zu tanzen hat. Burg hofft, daß sich durch die Wahl Liebermans eine neue moralische Elite herausbilden könnte. Ob dies mutige Judenchristen sein werden, vermag Gott allein zu beantworten, aber dies wäre eine Gnade, die nur der Heiland schenken könnte. Oslo 1993 und Camp David 2000 hin oder her, Arafats überzogene Gebietsansprüche und seine lautstarken Proklamationen, auf allen Kirchen und Moscheen in Jerusalem die palästinensische Fahne hissen zu wollen, führte zu einer verstärkten Präsenz jüdischer Siedlungen gerade auf seinem von ihm beanspruchten Territorium. Und für die Palästinenser sind diese Siedlungen der Inbegriff der Besatzung. Gleichzeitig haben die Palästinenser die Hetze und die Kultur des Hasses in den Moscheen und Schulen nicht gestoppt, so daß eine Kollision letztendlich unvermeidlich erscheint.

Andererseits wurde Israels Konzilianz durch die Räumung der jüdischen Siedlungen im Gazastreifen von den Palästinensern nicht honoriert, so daß sich auf diesem Landstreifen die fanatische Chamas-Bewegung etablierte und der „Fatach“ von Machmud Abbas den Rang streitig machte, was auch die Wähler in der Westbank mit ihrer Stimmabgabe bewirkten.

Israel hat keine prophetische Mission, sondern verbleibt im Mief seiner Tradition. Burg schrieb

in seinem Buch, daß der Holocaust „in unserem Leben gegenwärtiger als Gott selbst ist“. Denn ständig muß die Schoa als Vergleich herhalten. Burgs Formel lautet: „Weil nichts wie der Holocaust ist, ist alles erlaubt.“ Man sagt sich in Israel: der Gaza-Feldzug war zwar nicht schön, aber wir haben schließlich keine Gaskammern betrieben. Und was die Menschenrechtsfrage angeht, so „waschen wir unsere schmutzige Wäsche nicht einmal mehr zu Hause, so daß sie zu stinken beginnt.“ Wie in Deutschland vor der Machtergreifung Hitlers ein dramatischer Wettbewerb zwischen liberalem Geist und nationalem Trauma herrschte und am Ende das nationale Trauma siegte, so erleben wir denselben Wettbewerb in Israel und setzen dagegen die Hoffnung. Und sogar der israelische Alltag ist von dieser Aggressivität geprägt. Sind die Israelis wirklich Weltmeister in verpaßten Chancen? Zuerst wollten sie nicht mit der PLO sprechen, später taten sie es dennoch. Jetzt wiederholt sich die Geschichte mit der „Chamas“. Und an dem Tag, an dem Gaza zur Hochburg der al-Qaida wird, stellt man dann fest, daß die Chamas doch nicht so schrecklich war.

Doch eines dürfte wohl feststehen, daß die neue israelische Regierung vor großen Herausforderungen steht. Zwar hatte sich der „Hardliner“ Netanjahu in seiner letzten Amtsperiode von 1996 bis 1999 doch nicht so als Hardliner erwiesen, wie man dies befürchtete. Damals gab er sogar die Stadt der Erväter, Hebron, und auch die älteste Stadt der Welt, Jericho, an die Palästinenser zurück. Die Aktion nannte sich seinerzeit „Wye-plantation-Abkommen“. Und jetzt hat der designierte israelische Regierungschef auch nichts mehr gegen Verhandlungen des US-Präsidenten Barack H. Obama mit dem Iraner Machmud Achma-

dinejad. Letztendlich wird Netanjahu auch seinen Widerstand gegen eine Zwei-Staaten-Lösung aufgeben, denn ihm ging und geht es um den Wahlsieg und Machterhalt als Ministerpräsident Israels. Wer diesen Posten einmal innehat, wußte schon immer seine weitere Politik so zu führen, wie sie bei der internationalen Staatengemeinschaft am besten ankommt.

## Die wachsende Bedrohung aus dem Iran

Wenn der designierte US-Präsident Barack Hussein Obama von einer atomwaffenfreien Welt träumt und eine Abrüstungs-Debatte anregt, so wird dies die Feinde Israels genauso wenig beeindrucken wie Rußland. Es zeigt sich zunehmend, daß unsere Prognose aus der letzten BNI-Ausgabe 169 sich bewahrheitet, daß es sich bei Obama um einen schwachen amerikanischen Präsidenten handelt, der auch durch die fortgesetzte Schuldenanhäufung die restliche Welt schlußendlich in eine Inflation stürzen wird. Erstaunlich also, daß ihm alle Welt wie einem Erlöser zujubelt. Selbst der deutsche Außenminister Steinmeier hat nicht erkannt, daß gerade Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist. Doch dieser Umstand sichert Arbeitsplätze und reduziert Wirtschaftsängste. Man muß einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir noch immer in einer Welt leben, die sich auf Waffenproduktion festgelegt hat und diese Waffen in eine Region entsendet, wo sie eines Tages auch zum Einsatz kommen werden: in den Nahen und Mittleren Osten. Ich wunderte mich eigentlich immer wieder, daß die USA in den endzeitlichen Aussagen der Bibel keine Rolle zu spielen scheinen. Da ist lediglich von Rußland als dem „Gog aus dem Lande Magog“ (Hes. Kap.38) und deren Satelliten-

staaten die Rede; letztendlich sogar von „kol ha-amim“ (allen Völkern) in Sacharja Kapitel 12. Eine politische Lösung für Jerusalem, das metaphorisch für ganz Israel steht, ist hiernach nicht erkennbar, wenn von dem „ewen ma'amasah“ (Laststein) die Rede ist, den niemand wird hinwegheben können, es sei denn, daß er sich dabei die Hände zerreißt. Denn die Friedensfrage im Nahen Osten und von dort ausgehend ist allein und ausschließlich Gott selbst und seinem dafür eingesetzten „Friedeminister“ (sar-schalom, Jes. 9,5) vorbehalten.

Daß also die USA keine besondere Rolle in diesem Prozeß spielen werden, hängt mit einem Präsidenten zusammen, der sein eigenes Volk wirtschaftlich in den Ruin führt und im übrigen als Militärmacht in die Bedeutungslosigkeit verfallen wird. Dieses so entstehende Vakuum werden andere Mächte füllen, die auf eine solche Gelegenheit nur gewartet haben. Obama, der über keine außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Erfahrungen verfügt, sondern lediglich aufgrund seiner Hautfarbe und seiner eloquenten Rhetorik von den Farbigen, Hispanics und Latinos gewählt wurde, tat sich schon jetzt bei der Wahl seiner Minister schwer.

Ungeachtet seiner Annäherungsversuche hat Iran den neuerlichen Ausbau seines Atomprogramms verkündet und Bedingungen für direkte Gespräche gestellt. Präsident Achmadinejad sagte im Nuklear-Zentrum in Isfahan, das Land habe eine Anlage zur Herstellung von Brennstäben in Betrieb genommen und beherrsche damit den vollständigen Prozeß zur Herstellung von nuklearem Brennstoff. Zudem habe Iran zwei neue Zentrifugentypen mit höherer Kapazität getestet und seine Urananreicherungsanlage in Natans um tausend weitere Gaszentrifugen ausgebaut. Offenbar will Iran damit auch

seine Verhandlungsposition für mögliche Gespräche auch mit den USA verbessern. Wenn also die USA aus einer Position der Schwäche mit dem Iran verhandeln, so der Iran umgekehrt aus einer Position der Stärke und des (islamischen) Selbstbewußtseins. Obamas Besuch in der Türkei mit dem Versprechen über den Kopf der europäischen Staaten hinweg, einen Beitritt der Türkei in die EU befürworten zu wollen, zeigt die Stoßrichtung als Integrationsfigur zwischen Occident und Orient. Auch Obama macht den Kardinalfehler, andere Nationen und deren Führer aus der eigenen Projektion zu sehen und zu beurteilen. Obama, selbst ein halber Muslim, wie er sich im türkischen Parlament bezeichnete, kennt nicht das Machtstreben der Islamisten. Hillary Clinton, die ehrgeizige und einstige Freundin von Suha Arafat, sieht in der weiteren nuklearen Aufrüstung des Iran kein Verhandlungshindernis. Wörtlich meinte sie: „Angesichts der Bandbreite von Themen, die wir mit den Iranern besprechen wollen, messen wir diesem speziellen Statement keine besondere Bedeutung bei.“

Achmadinejad legt bei den Gesprächen dabei Wert auf „gleiche Augenhöhe“, d.h. „auf das Prinzip der Gleichheit und dem mutuellen Respekt vor den nuklearen Rechten Irans“. Damit lehnt man ausdrücklich die Forderung des UN-Sicherheitsrates und der Verhandlungsgruppe aus den VETO-Mächten im Sicherheitsrat und Deutschlands ab, zuvor die Urananreicherung einzustellen. Denn mit dem angereicherten Uran könnte auch eine Atomwaffe gebaut werden. Die von Achmadinejad eröffnete Anlage in Isfahan kann nach Angaben Irans pro Jahr zehn Tonnen Brennstoff für den noch im Bau befindlichen Forschungsreaktor in Arak herstellen sowie 30 Tonnen Brennstäbe für das Kernkraftwerk Buschir. Damit schafft

sich Iran eine wichtige Voraussetzung für die Produktion von Plutonium, das zum Bau von Atomwaffen unerlässlich ist. Der Reaktor in Arak wird baubedingt Plutonium produzieren. Die Brennelemente für Buschir stellt zwar fürs Erste Rußland zur Verfügung (!), doch produziert Iran in seiner Anreicherungsanlage in Natans den Brennstoff inzwischen selbst. Dies würde Iran erlauben, auch in Buschir Plutonium zu gewinnen. Die verbrauchten Brennstäbe aus Rußland muß Iran nur deshalb zurückgeben, weil sie in Rußland wieder für den Iran aufbereitet werden!

Laut dem Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA vom Februar hält dieser bereits fest, daß die Brennstabfabrik in Betrieb gegangen sei. Auch die neuen Zentrifugentypen in Natans sind bereits in dem IAEA-Bericht erwähnt. Darüber hinaus macht Iran aus seiner Drohhaltung gegenüber Israel keinen Hehl. Denn Irans Militärführer und Führer der Revolutionären Gardien, Muhammad al-Jafari, warnte unverhohlen Israel, daß die Raketen der islamischen Republik mit einer Reichweite von über 2000 Kilometern jeden Ort des „zionistischen Regimes“ erreichen könnten, einschließlich der nuklearen Installationen in Israel. Damit meint er offensichtlich die Schahab-3-Rakete, über die wir bereits in der Vergangenheit berichtet hatten.

Obama wird also Gelegenheit erhalten, sein Versprechen einer „bedingungslosen Unterstützung Israels“ bei seinen Gesprächen in Teheran Gewicht zu geben. Denn es ist davon auszugehen, daß zu den Bedingungen, die Achmadinejad an die Adresse Washingtons richten wird, eine Distanzierung zu dem verhaßten zionistischen Staat gehören wird. Denn Iran braucht die USA mit Obama an der Spitze nicht mehr zu fürchten, da die „Achse des Bösen“ von George W. Busch nun nicht

mehr bestehen soll. Uns ist jedoch nicht bekannt, daß der Herrscher in Teheran seine Absicht, Israel von der Landkarte zu fegen, bislang nicht zurückgenommen hat. Und solange Achmadinejad an seinem Vorhaben festhält, ist und bleibt Israel außerordentlich bedroht, denn jedes Zögern seitens des Westens arbeitet dem Iran in seinen Vernichtungsplänen zu.

Ayatollah Ali Chamenei wirft den USA vor, Israel während der Offensive auf den Gazastreifen unterstützt zu haben, wonach 1.300 Palästinenser ihr Leben verloren hatten. Er folgert daraus, daß Obama in Wahrheit den gleichen Pfad beschritten habe wie sein Vorgänger Busch. Der Iran wird bei solchen Gesprächen von den USA verlangen, Verdächtigungen gegenüber Iran zu unterlassen, Atomwaffen entwickeln zu wollen und den Terror zu fördern, obschon es kein Geheimnis ist, daß die Iraner die „Chamas“ im Gazastreifen über den Seeweg und Landweg von Ägypten aus mit Waffen und Munition versorgen. Darüber hinaus ist es auch kein Geheimnis, daß Teheran die im Südlibanon operierende „Hisb-Allah“ (Partei Allahs) mit Waffen und modernen Raketen über den Landweg von Syrien aus versorgt. Wie also könnte Obama bei solchen Gesprächen in Abrede stellen, daß der Iran den internationalen Terror nicht fördert? Tut er es dennoch, würde Obama zum Lügner. Es fragt sich also, wie Obama gedenkt, den Iran davon zu überzeugen, von seinen ambitionierten Atomwaffenplänen abzulassen. Für Chamenei ist Israel nach wie vor „ein krebshaltiger Tumor“, der im Begriff ist zu kollabieren.

Dabei nahm erst kürzlich der Chamas-Führer Machmud Zahar an einer Konferenz in Teheran teil, wo man im iranischen Fernsehen verfolgen konnte, welche Unterstützung man den Palästinensern im Gazastreifen zukom-

men lassen könnte. Die internationalen Geberstaaten sagten bei einer Konferenz in Ägypten eine Zahlung von 5,2 Milliarden Dollar zu. Doch das Geld soll nicht in die Hände der „Chamas“ fließen, sondern in die Taschen der „Fatach“ von Machmud Abbas, die jedoch für ihre Korruption bekannt ist. Darüber hinaus hat der Iran eine Anzeige an Interpol gerichtet, 15 Israelis wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen. Interpol hat dieses Ansinnen bereits zurückgewiesen.

Der amerikanische Vizepräsident Joe Biden hat Anfang April im CNN-Kanal in der Sendung von Wolf Blitzer Israel davon abgeraten, die iranischen Atomanlagen anzugreifen. Wörtlich sagte er: „Ich glaube nicht, daß Premier Netanjahu derart krank-beraten (ill-advised) wäre, derartiges tun zu wollen“. Bidens Kommentar war eine Reaktion auf Israels Präsidenten Peres Bemerkungen, wonach er Iran unterstellte, seinen nuklearen Ehrgeiz vor der Welt bislang verborgen zu haben.

Obamas Team erwartet eine mögliche Konfrontation mit Netanjahu hinsichtlich einer Zwei-Staaten-Lösung, der sich der designierte israelische Ministerpräsident im Wahlkampf verschloß. Obama wird entsprechend bisheriger Verträge auf Netanjahu einwirken, sich an die bisherigen Zusagen seiner Vorgänger-Regierungen zu halten, wonach prinzipiell an der Gründung eines Palästinenserstaates festgehalten sowie der weitere Siedlungsbau eingestellt wird, illegale Außenposten zu evakuieren sind und der palästinensischen Autonomie-Behörde wirtschaftlich und sicherheitspolitisch beigestanden wird.

Problematisch ist der Umstand, daß es zwischen dem amerikanischen Generalstabschef, Admiral Mike Mullen, und dem Verteidigungsminister Robert Gates Meinungsverschiedenheiten gibt über die Einschätzung, ob der Iran be-

reits über ausreichendes Nuklearmaterial verfügt, um eine Atomwaffe zu bauen. Mullen geht unverhohlen davon aus, daß der Iran vor der Fertigstellung einer Atombombe steht, was Gates in Abrede stellt. Für Mullen steht fest, daß Teheran ausreichend angereichertes spaltbares Uran besitzt, was jedoch nicht offiziell bekannt gemacht werden soll, da diese Einschätzung noch zur Politik von George W. Bush gehörte und als Vorwand seiner Kriegsmaschinerie diente. Da Obama sich als „Friedensapostel“ darstellt, herrschen nunmehr moderate Töne im Weißen Haus vor, was das Gefahrenpotential in der Welt angeht. Solch eine Verschleierungspolitik ist jedoch verhängnisvoll, die uns an die Zeit von 1938 erinnern läßt, wo man Hitlers Machtgelüste ebenfalls zu ignorieren versuchte. Chamberlain und Daladier lassen grüßen. Israels Verteidigungsminister Ehud Barak schließt auch eine militärische Aktion gegen Irans Atomanlagen nicht aus, falls die Verhandlungen mit Teheran scheitern sollten. Unerläßlich dabei wäre allerdings, die Russen dabei einzubinden, entsprechend Druck auf den Iran auszuüben, was die Russen verweigern werden. Und falls Moskau nach außen hin vorgibt, Teheran dementsprechend beeinflussen zu wollen, so werden sie es dennoch nicht tun, denn das Geschäft mit Teheran boomt. So leugneten kürzlich die Russen, den Iranern die gefährlichen S-300-Luft-Abwehr-Raketen geliefert zu haben, was sich schließlich als eine Unwahrheit herausstellte. Denn mit diesen Raketen können einfliegende israelische Jagd-Bomber problemlos abgeschossen werden.

Außerdem möchten die Russen ihr Einflußgebiet auch auf den Irak ausweiten, um schließlich die Amerikaner und deren Einfluß im ganzen Mittleren Osten abzulösen. Wer darüber die Macht besitzt und die Erdöl- und Erdgas-Quellen kontrolliert, besitzt die Welt-



**Zwischen dem US-Generalstabschef Mullen ...**

macht und hat die USA abgelöst. Dies ist der Plan, so daß damit auch Israels Chancen für einen baldigen Frieden schlecht stehen.

Sicher ist, daß das Wort Gottes in der Bibel als unumstößliche Wahrheit feststeht. Es fragt sich nur, zu welchem Zeitpunkt was geschehen wird. Da sich aber weder die Theologen noch die Kirchenfürsten um das prophetische Wort kümmern, was auch deren Fehleinschätzung gegenüber



**... und Verteidigungsminister Gates herrschen in der Einschätzung des iranischen Atomprogramms maßgebende Meinungsverschiedenheiten**

der Renaissance des Staates Israel beweist, kann man von den Politikern, Journalisten und gemeinem Volk noch weniger Erkenntnis erwarten. Privilegiert sind lediglich solche Christen, die unsere politi-

schen Einschätzungen genau verfolgen und dabei feststellen werden, daß wir uns dabei noch niemals getäuscht haben. Nur sollten unsere Leser solche Informationen auch an kirchliche und politische Verantwortungsträger weitergeben, um noch Salz in dieser maroden Welt zu sein, denn dies ist unser Auftrag, die Welt vor weiteren Fehlern zu bewahren, die sie noch in

einen Dritten Weltkrieg stürzen könnte. Die destruktiven islamistischen Kräfte kennen hierbei keine Rücksichten und sehen es als „ihren“ Triumph an, wenn alles in den Abgrund stürzt und sie sich dabei auf ihren Abgott „Allah“ berufen, sozusagen als Strafe für begangene Verbrechen der Christenheit an den Muslimen. Die Endabrechnung kommt also erst noch.

Eine Verharmlosung der Muslime wird dann zum Totengräber unserer inzwischen lasziven Kultur, weil sie ihr christliches Profil abgelegt hat. Das Gericht Gottes beginnt demnach folgerichtig am Hause Gottes (1.Petr. 4,17).

Klaus Mosche Pütz